



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

: Politische Briefe. XV. : Die Julitage des deutschen Liberalismus.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

aller Sicherheit zu erwarten, wenn die Gemeinden verhüten, daß letztere sich in bestimmten Ortschaften und Gegenden anhäufen und die Hauptmasse der Wähler bilden. Strenge Wucher- und Wechselgesetze werden dann das Uebrige thun, um die Gefahr, die dem Landesinteresse droht, wo nicht ganz zu beseitigen, was auch anderwärts bis jetzt nicht möglich gewesen ist, so doch bis zu einem ungefähr erträglichen Grade zu mildern. †

## Politische Briefe.

### XV.

#### Die Julitage des deutschen Liberalismus.

Bald sind fünfzig Jahre verflossen seit jener französischen Juli-Revolution, die, für das parlamentarische System gemacht, demselben in Frankreich die praktische Herrschaft, bei den anderen Völkern des Continents die theoretische Herrschaft, als das höchste politische Ideal gebildeter Menschen, verschaffte. In Frankreich lernte man jedoch nicht, sich bei dieser Praxis wohl fühlen. Nach achtzehn Jahren beständiger Schwankungen des Staatsgebäudes unter derselben gelangte man wieder einmal zur Revolution und zur Republik, von dieser durch den Staatsstreich zum Cäsarismus. Jetzt ist man wieder bei dem parlamentarischen System angelangt, aber man hat begriffen, daß dieses System ein republikanisches ist, daß die Heuchelei einer Monarchie über demselben bei jedem Nationalcharakter, der nicht die spleenhafte Zusammensetzung des englischen hat, üble und gefährliche Folgen mit sich führt. Aber man hat noch nicht in Frankreich begriffen, daß die Republik die Form des ständischen Staates ist, daß das parlamentarische System die Oligarchie zur Voraussetzung hat. Eine demokratische Republik mit dem parlamentarischen System ist eine bleierne Uhr von Gold. Das Leiden dieses Widerspruchs wird die Geschichte der dritten Republik bilden. An diesem Leiden wird sie zu Grunde gehen oder eine neue Erscheinung der Aristokratie herausarbeiten.

In Deutschland war das parlamentarische System noch weit davon, die Monarchie nullifizirt zu haben, um dann doch noch seine Unverträglichkeit mit derselben einzusehen. Bei seinem Ringen um die Herrschaft ist es vor dem Zusammenstoß mit der Monarchie feindlich auf den höchsten Lebensgedanken des deutschen Volkes, auf die nationale Einheit, gestoßen. Schneller, als die Franzosen begreifen werden, daß demokratische Republik eine *contradictio in adjecto* ist, wird man bei uns begreifen, daß nationaler Liberalismus eine solche ist. Es muß bei uns dahin kommen, daß eine nationale Partei sich bildet, als die einzig regierungsfähige, welche mit denjenigen Parteien, die nicht unbedingt antinational, aber auch nur bedingt national sind, bald zu diesem, bald zu jenem Zweck, der auf dem Wege des nationalen Gedankens liegt, vorübergehend zusammenwirkt.

Im Jahre 1879 hat der deutsche Liberalismus seine Julitage gehabt, in denen er aber nicht Sieger, sondern der unterliegende Theil geblieben. Trotz dieser und aller anderen Unähnlichkeiten haben diese deutschen Julitage eine

innere Beziehung zu den französischen von 1830. Der parlamentarische Liberalismus ist in die unbedingte Opposition getreten. In Zukunft setzt er seine Hoffnung nicht mehr auf Kompromisse, also nicht mehr auf eine allmähliche Umbildung der Institutionen in seinem Sinn, sondern auf einen prinzipiellen Sieg.

Werfen wir einen Blick auf die Entstehung der deutschen Zukunft. Noch bis Ende Juni hatte der parlamentarische Liberalismus, der den Namen Nationalliberalismus demnächst abzulegen haben wird und dazu auch seinerseits schon gewillt scheint, geschwankt, ob er die Finanzreform des Kanzlers schließlich verwerfen müsse oder einen positiven Antheil an derselben nehmen könne. Der linke Flügel, zu dem sich diesmal noch die überzeugten Freihändler von sonst gemäßigten Ansichten gesellten, hatte freilich schon länger auf vollständige Verwerfung gedrungen. Aber das Zentrum der Partei unter Herrn v. Bennigsen und der rechte Flügel hielten die Waage im Gleichgewicht. Da kam die Annahme des Frankenstein'schen Antrages in der Tarif-Kommission. Man maß diese Annahme, sowie die Verwerfung des Antrages v. Bennigsen's, welche ohne die konservativen Kommissionsmitglieder nicht möglich gewesen wäre, dem Einfluß des Kanzlers auf die letzteren bei. Der Kanzler hat aber den Antrag Frankenstein viel später für annehmbar erklärt, erst am 5. Juli, nachdem er die Zusicherung empfangen, daß die Finanzzölle in ausreichendem Maße bewilligt werden sollten. Die konservativen Mitglieder der Tariffkommission waren lediglich ihrem Instinkt gefolgt, der bewegliche Finanzzölle als parlamentarisches Machtmittel, wie sie Herr v. Bennigsen vorschlug, verwirft. Von Seiten des Kanzlers konnten sie höchstens wissen, daß derselbe den Frankenstein'schen Antrag nicht unter allen Umständen für unannehmbar halten würde. So standen die Dinge, als am 27. Juni Herr Hobrecht seine Entlassung vom Kaiser erbat. Dieser Schritt ist lediglich zu erklären aus dem vorsichtigen Charakter des Herrn Hobrecht, dem die weiteren Ziele der Finanzreform, Beseitigung der ganzen Klassensteuer und Ueberlassung der ganzen Grundsteuer an die Gemeinden, zu hochgesteckt erscheinen. Warum Herr Hobrecht gerade jetzt gehen wollte, mag daraus zu erklären sein, daß er bei den bevorstehenden entscheidenden Verhandlungen Erklärungen des Kanzlers in jenem Sinne für möglich hielt, die er seinerseits nicht decken zu können glaubte. Auch mag er bei dem Abschluß der Erwerbung verschiedener Eisenbahnen unter den theilweise nicht zu umgehenden Bedingungen nicht haben mitwirken wollen. Der Abschied des Herrn Hobrecht wurde das Signal zu dem gleichen Schritt bei den Ministern Falk und Friedenthal. Beide sahen ihren Rücktritt aus ganz verschiedenen Gründen voraus und glaubten, die Gelegenheit nicht verpassen zu dürfen, zu Dreien zu gehen. Dr. Falk hatte schon vor den traurigen Attentaten des vorigen Jahres um seinen Abschied gebeten wegen tiefer Meinungsverschiedenheit mit den Männern, welche in den innerkirchlichen Angelegenheiten Preußen's, die nur noch mittelbar Angelegenheiten des Staates sind, mehr und mehr die Zustimmung des Königs gewonnen haben. Dr. Falk hat überdies schon längst die Meinung ausgesprochen, daß, wenn der Tag eines ehrenvollen Friedens oder Waffenstillstandes mit Rom gekommen, der Abschluß einer andern Persönlichkeit leichter werden müsse als ihm, dem Kampfminister, und daß er in einem solchen Falle den Rücktritt als Pflicht gegen den Staat betrachte. Wir wollen auf die Richtigkeit dieser Ansicht jetzt nicht eingehen. Genug, daß Dr. Falk dieselbe geltend gemacht und seinen übrigen Motiven hinzugefügt hat. Nach der Gesamtlage der persönlichen und sachlichen Verhältnisse dürfte es dem Ministerpräsidenten unmöglich gewesen sein, den König zu bitten, den verdienten Staatsmann jetzt im Amte zu halten.

Was Herrn Dr. Friedenthal betrifft, so hat derselbe wohl längst vorausgesehen, daß die Regierung, der er angehörte, einem Bruch mit dem Liberalismus nicht entgehen könne, und er hat nicht gewünscht, die Folgen dieses Bruches als Regierungsmitglied zu tragen. In der Hauptfrage des Augenblicks, in der Erhaltung der Finanzreform mittelst des Frankenstein'schen Antrages, hat Herr Friedenthal dem Kanzler völlig beige stimmt, diese Beistimmung mit großer Entschiedenheit dargelegt und also nicht aus der Lösung dieser Frage den Anlaß seines Rücktrittes genommen. Umsichtig, wie er ist, hat Herr Friedenthal bei der Ausführung seines Rücktrittes zugleich gouvernementale Einsicht und liberale Zukunfts-Rücksichtnahme, letztere in Gesundheitsrücksichten einschlagend, an den Tag gelegt, was ihn nach beiden Seiten empfehlen muß.

So stand es mit dem Rücktritt der drei Minister. Man war über diesen Stand, der gar kein Geheimniß ist, im liberalen Lager sehr bald unterrichtet. Allein die Gelegenheit war zu lockend, unter der Hegide dreier Kollegen des Kanzlers, von denen jeder in seiner Art ein Mann von ausgezeichneten Eigenschaften und Verdienst, zur vollen Opposition überzugehen. Man stempelte also den Rücktritt gewaltsam zu einem Rückzuge vor dem siegreichen Zentrum. Der Entschluß wurde nunmehr gefaßt, den Frankenstein'schen Antrag zur Vernichtung oder doch zur tief gehenden Beschädigung der Reichshoheit zu stempeln. So konnte man mit Ehren die Fahne der unbedingten Opposition entfallen.

Bald wird diese Fahne ein zerrissener Lappen sein, nicht von Kugeln, sondern von dem Lichte des Tages zerfetzt. Die Vorwände, mit denen diese Fahne gefärbt ist, sind allzu kläglich. Was es mit der Beibehaltung der Matrikularbeiträge auf sich hat, haben wir im vorigen Briefe zur Genüge dargelegt. Der Kanzler hat durch die Stimme bisher erbitterter Gegner gesiegt, ohne diesen Gegnern, dem Zentrum, auch nur die geringste Versprechung zu machen. Das mußte Herr Windthorst im offenen Reichstage bekennen, um den Ruf seiner Klugheit gegen die Zukunft zu decken. Solche Siege ersicht nur Fürst Bismarck. Fürst Bismarck hat dem bisherigen klerikal-partikularistischen Gegner auf dem Gebiete der Kirchenpolitik eine von dem weiteren Verhalten abhängige Hoffnung, auf dem Gebiete der inneren deutschen Politik einen Namen gelassen. Jeder Schüler weiß, daß bei den historischen Umwandlungen die Namen sich am längsten halten. Hießen doch die Kaiser des Reiches, das von den Zerstörern Rom's aufgebaut, römische Kaiser. Der parlamentarische Liberalismus aber benutzt den Namen „Matrikularbeiträge“, welchen der Finanzbesitz des deutschen Reiches, soweit er vom Reiche nach dessen Ermessen benutzt wird, noch führen soll, zum Vorwand der unbedingten Opposition. Ein Vorwand gerade so gut wie der von 1864, wo man sagte, die preußischen Fahnen zögen aus, Schleswig-Holstein für die Dänen zu halten. Man wird mit dem heutigen Vorwand einen schlimmeren Bankerott machen als mit dem damaligen.

Hier wollen wir heute innehalten. Den Verlauf der parlamentarischen Kämpfe müssen wir im nächsten Briefe verfolgen, nachdem der Anlaß des Kampfes in das rechte Licht gerückt ist.

